

Krieg in Europa, Migration, Rezession und Inflation...

Politik Bis spät in den Abend nutzten die Mitglieder der CDU Dauchingen am Mittwoch die Gelegenheit, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, ins Gespräch zu kommen.

Dauchingen. Der Umgang mit der Zuwanderung war eines der Themen, die den Mitgliedern der CDU Dauchingen am Mittwochabend im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei unter den Nägeln brannten, ebenso die Frage, wie die CDU mit der rechtspopulistischen AfD umgehen solle, deren Umfragergebnisse in den vergangenen Monaten weiter gestiegen sind. Sorgen bereiten auch die hohen Staatsausgaben. Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war prominenter Gast bei der Hauptversammlung der CDU Dauchingen im Bürgerzentrum Farrenstall.

Manche Frage aus Dauchingen konnte Thorsten Frei am Mittwochabend nur entgegennehmen, um sie mit nach Berlin zu nehmen; etwa wie die Schleuserkriminalität besser bekämpft werden könne. Als strittig nannte Frei hier die staatliche Unterstützung von Seenotrettern im Mittelmeer. Das begünstige das Kalkül der Schlepper, die die Flüchtlinge in immer weniger seetauglichen Booten aufs Meer bringen.

700 Ankünfte pro Tag

Die Migration selbst nannte Frei in seiner Rede in Dauchingen als eine der vier großen Herausforderungen, die es derzeit zu bewäl-

tigen gelte. „Wir haben im vergangenen Jahr 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Dazu kamen noch 240 000 Asylanträge.“ Es sei der Arbeit der Städte und Kommunen zu verdanken, dass dies bisher relativ geräuschlos vonstattengegangen sei. In diesem Jahr habe es wieder eine Steigerung der Asylanträge gegeben. „Wir haben derzeit 700 Ankünfte pro Tag in Deutschland.“ Die Lage der öffentlichen Infrastruktur sei angespannt. „Sie ist auf dieses Migrationsgeschehen nicht vorbereitet.“ Wichtig seien Ordnung, Steuerung und auch Begrenzung der Migration, so Frei. „Wir kommen an die Grenzen der Integrationskraft.“ In diesem Zusammenhang erinnerte Frei an seinen eigenen Vorschlag, Zuwanderung über Kontingente zu regeln (er hatte darüber im Juli in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben). Wenn es gelinge, Zuwanderer in die Gesellschaft zu integrieren, sei Zuwanderung etwas Positives, aber wenn sich Parallelgesellschaften bildeten, habe das negative Auswirkungen.

Zum Thema AfD zog Frei am Mittwochabend die Ergebnisse mehrerer Umfragen heran. Demnach seien viele Menschen, die angeben, bei Wahlen für die AfD stimmen zu wollen, vor allem unzufrieden mit der Arbeit der Bun-

desregierung und gar keine überzeugten Anhänger der Rechtspopulisten. Wenig Verständnis äußerte Frei für den großen Aufschrei, als die CDU in Thüringen auch mit Stimmen der AfD die Senkung der Grunderwerbssteuer durchgesetzt habe. Frei: „Wenn die CDU einen Antrag einbringt, den sie für richtig hält und Zustimmung von der falschen Seite bekommt, ist das doch keine Zusammenarbeit.“

Neben der Migration thematisierte Thorsten Frei noch drei weitere große Herausforderungen der Gegenwart; den Krieg in der Ukraine, die Rezession der Wirtschaft und die Inflation. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine betreffe nicht nur diese zwei Länder. „Da steht viel mehr auf dem Spiel. Es geht darum, wie wir in Zukunft zusammenleben.“ Es dürfe nicht sein, dass sich am Ende das Recht des Stärkeren durchsetze und es sich für einen Staat lohnte, sich ein Land zu rauben. Das Recht des Stärkeren dürfe nicht die Stärke des Rechts auflösen, sonst drohe eine Wiederaufrüstungsspirale. „Hier müssen wir aufpassen, dass wir uns richtig positionieren“, so Frei über die Lage der Bundesrepublik.

Gründe der Wirtschaftskrise

Frei sprach auch von einer „veritablen Wirtschaftskrise“, in der Deutschland stecke. Der Internationale Währungsfonds IWF se-

he das weltweite Wirtschaftswachstum bei drei Prozent. „Das einzige Industrieland der Welt mit schrumpfender Wirtschaft sind wir.“ Und das dürfe man nicht nur auf die Nachwirkungen der Coronavirus-Pandemie und auf den Krieg in der Ukraine schieben, denn die anderen Nationen hätten die gleichen Bedingungen. Gebremst werde die hiesige Wirtschaft durch die überbordende Bürokratie, lange Genehmigungs- und Planungswege („An der Inbetriebnahme der LNG-Terminals sieht man, dass es auch schneller geht“, so Frei, der sich dabei auf die Flüssiggastanks bezieht, die Ende 2022 in Betrieb gingen), an der hohen Unternehmensbesteuerung und an den hohen Strom- und Energiepreisen. „Die hohe Unternehmensbesteuerung ist kein Grund, in Deutschland zu investieren“, so Frei, ebenso die hohen Strom- und Energiepreise, die Frei „die höchsten der Welt“ nannte. Man werde auch nicht aus der Krise herauskommen können, wenn man nur über Work-Life-Balance rede. „Wenn man das Glück hat, einen Beruf zu haben, den man gerne macht, ist er ja auch ein wichtiger Teil des Lebens.“ Die Idee des anstrengungslosen Wohlstands funktioniere nicht. „Wir können nicht gleich viel Wohlstand mit weniger Arbeit erreichen.“ In den derzeitigen Rahmenbedingungen würden al-

lerdings nicht die Fleißigen belohnt. Als Lösungsmöglichkeiten nannte Frei am Mittwochabend in Dauchingen ein steuerfreies Überstundengeld und auch eine freiwillige längere Lebensarbeitszeit, ebenfalls mit Steuervergünstigungen. „Hier braucht es Pragmatismus. Die Rahmenbedingungen sind heute schlechter als früher.“

Es müsse auch alles dafür getan werden, wieder die Inflation in den Griff zu bekommen. Dafür brauche es eine solide Haushaltspolitik. „Man kann nur das ausgeben, was da ist.“ Das sei auch eine ethische Frage, nicht auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben.

Der Bericht zur Hauptversammlung der CDU Dauchingen folgt. ez



Der Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei stand bei der CDU Dauchingen Rede und Antwort.

Foto: NQ-Archiv